

II-998 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

5.2.1968

439/A.B.

zu 420/J

An f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Finanzen Dr. Koren  
auf die Anfrage der Abgeordneten Robert Weisz und Genossen,  
betreffend Installierung einer Einrichtung zum Schutz der Bediensteten  
vor Abgasen von Kraftfahrzeugen am Zollamt Walserberg-Autobahn.

-.-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Robert Weisz und Genossen vom 6. Dezember 1967, Nr. 420/J-NR/67, betreffend Installierung einer Einrichtung zum Schutz der Bediensteten vor Abgasen von Kraftfahrzeugen am Zollamt Walserberg-Autobahn, beehe ich mich mitzuteilen, daß die Finanzlandesdirektion für Salzburg im Frühjahr 1966 ein Firmenoffert wegen Errichtung einer Abgasanlage beim Zollamt Walserberg-Autobahn eingeholt und dem hiefür zuständigen Amt der Salzburger Landesregierung mit der Bitte um entsprechende Veranlassung übermittelt hat. Die Durchführung des Projektes mußte jedoch zur Vermeidung kostspieliger Fehlinvestitionen zurückgestellt werden, als sich herausstellte, daß umfangreiche bauliche Veränderungen der ganzen Zollamtsanlage vordringlich in Angriff genommen werden müssen, um den immer mehr anwachsenden Reisenden- und Güterverkehr zu bewältigen. So sind bei der Reisedenabfertigung eine zusätzliche Fahrspur für die Abfertigung der Autobusse sowie Flugdächer zum Schutz der Bediensteten gegen Witterungsunbillen erforderlich, ebenso müssen bei der Güterabfertigung zusätzliche Fahrspuren, Abfertigungsrampen und Warteplätze für LKW-Züge angelegt werden. werden selbstverständlich alle erforderlichen Vorkehrungen

Im Zuge dieser Neugestaltung des Amtsplatzes/zum Schutz der Bediensteten gegen die Abgase der Kraftfahrzeuge eingerichtet werden.

Inzwischen konnte beim Zollamt Walserberg-Autobahn eine gewisse Erleichterung durch eine schon im Jahre 1965 eingeführte Frischmilchaktion erzielt werden. Trotz wesentlicher Verkehrssteigerung gegenüber den Vorfahren hat die tägliche Milchration die durch die Abgase verursachte Beeinträchtigung des Wohlbefindens der Bediensteten, insbesondere die häufigen Magenbeschwerden, spürbar vermindert.

Bei der großen, sowohl klimatischen als auch frequenzmäßigen Verschiedenheit der jeweiligen Situation bei den übrigen Straßenzollämtern bietet sich für allgemeine Maßnahmen im Sinne gleichartiger Vorkehrungen keine Möglichkeit. Die Finanzverwaltung ist sich selbstverständlich ihrer Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bediensteten bewußt und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik bemüht, bei allen Bauvorhaben jene Einrichtungen zu schaffen, die gewährleisten, daß die Bediensteten unter möglichst gesunden Verhältnissen ihren Dienst versehen können.